



komba rundschau

schleswig-holstein

Heft Januar/Februar 2025

Mitgliedermagazin der **komba gewerkschaft schleswig-holstein**

Wertschätzung ist keine Einbahnstraße!



Am 24. Januar begann in Potsdam die erste Verhandlungsrunde zum TVÖD. Der dbb und die komba stießen auf entschlossenen Widerstand der kommunalen Arbeitgeber (VKA). Trotz seit dem 9. Oktober 2024 deutlich kommunizierter Forderungen seitens des dbb blieb der VKA völlig unvorbereitet und blieb ohne eigenes Angebot. Wertschätzung sieht anders aus. Was bedeutet das für die kommenden Verhandlungen? Erfahren Sie mehr!



komba
gewerkschaft
schleswig-
holstein

Fachgewerkschaft im



dbb
beamtenbund
und **tarifunion**
schleswig - holstein

Inhalt

- Der TVöD ist nicht das Osterlamm der Haushaltsregierung **2**
- Mahnwachen in ganz Schleswig-Holstein **3**
- Warnstreik in Kiel und Flensburg **4**
- Ankündigungen der Landesregierung für 2025 **5**
- Austausch mit neuem Vorsitzenden des Finanzausschusses **5**
- On-Top Leistungen **6**
- Kuriosität gemeindefreie Gebiete **7**
- Überstundenzuschläge **8**
- Einblick ins komba Seminarprogramm 2025 **8**
- u.v.m.

Herausgeberin:

komba gewerkschaft schleswig-holstein e.V. -Fachgewerkschaft für den öffentlichen Dienst-
Hopfenstraße 47, 24103 Kiel
Telefon 0431 535579-0
E-Mail: info@komba-sh.de,
Internet: www.komba-sh.de
Redaktion: leitende Redakteurin Sandra Hauschildt,
Daniel Schlichting
Beiträge: Kai Tellkamp (KT), Sandra Hauschildt (SH),
Christian Sehleier (CS), Daniel Schlichting (DS), Jurik
Simonjan (JS), Fawad Hosseini (FH), Tim Neben (TN),
Michael Wieck (MW)
Fotos: eigene; Adobe Stock: fedotovalora
Auflage: ca. 4.000 Stück
Redaktionsschluss: 24.01.2025

Die komba rundschau wird an die Mitglieder der komba gewerkschaft schleswig-holstein abgegeben. Sämtliche Kosten sind durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.
Nachdruck und sonstige Verbreitung nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Verlag: DBB Verlag GmbH. Internet: www.dbbverlag.de.
E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. Verlagsort und Bestellanschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin
Telefon: 030.7261917 - 0
Telefax: 030.7261917 - 40

Liebe Kolleg*innen,

die Bundestagswahl 2025 steht vor der Tür, und mit ihr eine richtungsweisende Entscheidung für unser Land. Als Beschäftigte im kommunal- und Landesdienst wissen wir, wie wichtig sachliche und fundierte Entscheidungen für das Funktionieren unserer Gesellschaft sind. Doch genau diese Basis gerät zunehmend unter Druck.



In der heutigen Medienlandschaft erleben wir immer häufiger, dass fundierte Fachmeinungen und wissenschaftliche Erkenntnisse in der öffentlichen Diskussion auf eine Stufe mit populistischen Meinungen gestellt werden. Menschen, die keine fachliche Kompetenz besitzen, finden Gehör, weil sie laut sind oder Emotionen bedienen. Das kann dazu führen, dass Fakten und fundierte Argumente verdrängt werden – und dies in einer Zeit, in der wir dringend klare, nachhaltige Lösungen brauchen.

Die großen Herausforderungen unserer Zeit, wie der Klimawandel, die Digitalisierung oder der Fachkräftemangel, lassen sich nur durch sachliche und faktenbasierte Entscheidungen bewältigen. Populistische Vereinfachungen helfen uns hier nicht weiter. Deshalb appelliere ich an Sie: Lassen Sie sich nicht von Schlagzeilen und schnellen Meinungen leiten.

Informieren Sie sich genau, prüfen Sie, wer hinter einer Aussage steht, und hinterfragen Sie kritisch. Eine informierte Wahlentscheidung ist die Grundlage für eine starke Demokratie und eine zukunftsfähige Politik.

Nutzen Sie Ihre Stimme am Wahltag, um den Weg zu unterstützen, der auf Fakten, Kompetenz und Weitsicht basiert. Unsere Gesellschaft und unser Berufsfeld brauchen nachhaltige Entscheidungen – jetzt mehr denn je.

Mit kollegialen Grüßen


Daniel Schlichting
Landesvorsitzender

Der TVöD ist nicht das Osterlamm der Haushaltssanierung

Am 24. Januar fand in Potsdam die erste Verhandlungsrunde zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) statt. Trotz klar kommunizierter Forderungen seit dem 09. Oktober

2024 erschienen die Arbeitgeber unvorbereitet und brachten den Anliegen der Beschäftigten zwar Verständnis, aber keinerlei Wertschätzung in Form eines eigenen Angebots entgegen.



Forderungen der komba gewerkschaft

Unsere Hauptforderungen sind klar und notwendig, denn in den kommunalen Dienststellen fehlen bundesweit 570.000 Stellen:

- Steigerung des Gehaltes einem Gesamtvolumen von 8 Prozent oder mindestens 350 Euro monatlich zur Abfederung besonderer finanzieller Belastungen.
- Drei zusätzliche freie Tage sowie ein weiterer freier Tag für Gewerkschaftsmitglieder.
- Einrichtung eines Arbeitszeitkontos zur Erhöhung der Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit.
- 200 Euro monatlich mehr für Azubis, um den Nachwuchs zu stärken.

Diese Ansprüche sind kein Luxusdenken, sondern dringende Notwendigkeit. Sie spiegeln die Realität der Beschäftigten in den kommunalen Dienststellen wider, die unter Personalmangel und unattraktiven Arbeitsbedingungen leiden. Bedenken Sie beispielsweise den Rettungsdienst, in dem Sanitäter*innen eine 48-Stunden-Woche leisten müssen, oder Erzieher*innen, die bundesweit die höchsten

Krankenstände verzeichnen – eine Folge der übermäßigen Arbeitsbelastung und des gesundheitlichen Drucks, hervorgerufen nur durch akuten Personalmangel.

Herabwürdigende Antwort der Arbeitgeber

Dazu **Volker Geyer**, unser Verhandlungsführer des dbb: „Unsere Forderungen werden wahlweise als ‚zu teuer‘, ‚unbezahlbar‘ oder ‚passen nicht in die Zeit‘ abgetan, so jedenfalls haben Bund und Kommunen reagiert.“ Statt konstruktive Lösungen anzubieten, verweigerten sie Gespräche über Entlastung, Perspektiven und Zukunftsfähigkeit. „Angesichts von heute schon 570.000 fehlenden Fachkräften, die sich in den nächsten zehn Jahren nochmals um unfassbare 1,4 Millionen nicht besetzte Stellen erhöhen, muss genau das unser Thema sein.“

Warnstreiks

Es wurde mal wieder deutlich, dass wir ohne den Druck der Straße nicht weiterkommen werden. Daher hatte die komba gewerkschaft am 05.02. die Warn-

streikfreigabe des dbb genutzt, ein deutliches Warnzeichen zu setzen. Lokal fokussierte Streiks bei den Kitas und den Abfallwirtschaftsbetrieben in Kiel sowie den Stadtwerken, dem Campus Bad und den Kitas in Flensburg haben zahlreiche Beschäftigte aktiviert und für die komba gewerkschaft begeistert.

Reaktion auf die Warnstreiks

Und wie reagiert der Arbeitgeberverband? **Niklas Benrath**, Hauptgeschäftsführer des Verbandes, lehnte die Warnstreiks rigoros ab und teilte dem NDR mit: „Jeder, der einmal bei Tarifverhandlungen dabei war, weiß, dass in der ersten Runde grundlegende Positionen und Ziele ausgetauscht werden müssen.“ Dazu **Christian Sehleier**, Leiter der Geschäftsstelle der komba gewerkschaft Kiel: „Die Aussagen von Herrn Benrath zeugen von seiner Unerfahrenheit. Warnstreiks sind eine Reaktion auf Arbeitgeber, die glauben, kein Angebot machen zu müssen. Es ist bedauerlich, dass Herr Benrath zunächst auf den Boden der Verhandlungsbereitschaft geführt werden muss.“

CS ■

Mahnwachen in ganz Schleswig-Holstein: Ein starkes Zeichen für unsere Forderungen!

Ende Januar haben wir in ganz Schleswig-Holstein ein starkes Zeichen gesetzt: Mit Mahnwachen in verschiedenen Städten und Gemeinden haben wir unsere Forderungen zur Einkommensrunde 2025 sichtbar gemacht. Ob vor dem neuen Rathaus in Kiel, in der Kreisverwaltung Flensburg, in Rendsburg-Eckernförde oder in Steinburg – überall standen unsere Kolleg*innen gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen und eine gerechte Bezahlung ein.

Besonders eindrucksvoll war unsere Aktion beim ABK in Kiel, wo wir bereits um 5 Uhr morgens vor Schichtbeginn auf unsere Anliegen aufmerksam gemacht haben.

Unser Ziel ist klar: Wir fordern eine angemessene Erhöhung der Einkommen und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die Auftaktrunde der Verhandlungen am 24. Januar 2025 in Potsdam hat gezeigt, dass unsere Forderungen sich nicht von selbst durchsetzen.

Die erste Verhandlungsrunde brachte keine Annä-

herung – umso wichtiger ist es, dass wir weiterhin laut und sichtbar bleiben.

Unsere Mahnwachen waren ein starkes Signal an die Arbeitgeberseite: Wir stehen zusammen, wir sind viele und wir sind entschlossen, für unsere Rechte einzutreten. Jetzt gilt es, den Druck weiter aufrechtzuerhalten. Nur durch unsere gemeinsame und entschlossene Haltung können wir Verbesserungen erreichen.

Lasst uns gemeinsam kämpfen – für eine faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst.

SH ■



In Flensburg streikten rund 160 Mitarbeitende bei den Stadtwerken.

Warnstreik in Kiel und Flensburg: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes setzen ein Zeichen

Am 05.02. haben zahlreiche Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein ihre Arbeit zur Warnung niedergelegt, um ihren Forderungen in der aktuellen Tarifrunde Nachdruck zu verleihen.

Bereits in den frühen Morgenstunden versammelten sich die ersten Streikenden beim Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel (ABK). Gegen 5:30 Uhr hatten sich dort bereits hunderte Kolleg*innen eingefunden.

Streikleiter **Jens Paustian** betonte vor Ort in seiner Rede, dass für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu wenige finanzielle Mittel bereit gehalten werden – trotz jährlich steigender Steuereinnahmen. „Es kann nicht sein, dass diejenigen, die den Staat am Laufen halten, leer ausgehen“, unterstrich er.

Ein starkes Signal ging dabei vom ABK in Kiel aus: Rund 330

Beschäftigte legten die Arbeit nieder, sodass die Fahrzeuge auf dem Hof blieben und nicht ausrückten.

Auch in Flensburg wurde gestreikt, besonders bei den Stadtwerken, Kitas und im Campusbad. Hier versammelten sich insgesamt 160 Streikende, um für bessere Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung zu kämpfen. Auch die städtischen Kitas in Flensburg signalisierten deutlich, dass sie unter den aktuellen Bedingungen nicht länger arbeiten können.

Die zentrale Botschaft des Tages war klar: Ohne die kommunalen Beschäftigten funktioniert

im öffentlichen Dienst nichts. Da die Arbeitgeber in der ersten Verhandlungsrunde kein eigenes Angebot vorgelegt haben, war es umso wichtiger, ein klares Zeichen als Antwort zu setzen.

„Nur gute Arbeitgeber zahlen gute Löhne, so einfach ist das. Die Beschäftigten möchten mit ihren Sorgen und Nöten ernst genommen werden, denn es geht um Demokratie und Teilhabe für diejenigen, die den Staat tagtäglich tragen und nicht nur ertragen“, so **Christian Sehleier**, Leiter der Geschäftsstelle der komba gewerkschaft in Kiel.

CS ■



Beim ABK in Klel legten rund 330 Beschäftigte ihre Arbeit nieder.

Ankündigungen der Landesregierung für 2025:

Komba und dbb erwarten auch die Einbeziehung aufgestaunter Anliegen

Das von der Staatskanzlei ausgerufen und den Landesbeschäftigten als Ergänzung zur Gehaltsabrechnung schriftlich übermittelte Ziel ist richtig: Die Mitarbeiter*innen als wichtigste Ressource für die Bürger*innen in unserem Land zu halten, sei ein Auftrag, der sehr ernst genommen werde. Bei den angekündigten Aktivitäten dürfen allerdings die „Big-Points“, nämlich Arbeitszeit und Einkommen/ Alimentation, nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden.

Angekündigt wurde ein „Rahmenfitnessvertrag“ für alle aktiven Beschäftigten des Landes, der die individuelle Inanspruchnahme verschiedener Fitnessangebote ermöglicht. Dieser Schritt, der auch für kommunale Dienststellen denkbar ist, wird begrüßt, wenngleich es letztendlich auf die konkreten Optionen und Konditionen ankommt. Weitere Maßnahmen zur Stärkung der Gesundheit sollen auf der Grundlage der anstehenden Veröffentlichung der neuen „Statusbefragung“ im Landesdienst, die neben Gesundheitsthemen auch die Arbeitszufriedenheit umfasst, erfolgen. Hierzu haben komba und dbb sh bereits im Vorfeld auf das dringende Erfordernis hingewiesen, die Beschäftigten vor Überlastung zu schützen und Strukturen für einen wirksamen Bürokratieabbau zu schaffen. Der dbb sh hatte bereits einen entsprechenden Konzeptvorschlag vorgelegt.

Für die Landesbeschäftigten bereits nutzbar ist ein Angebot zur Kindernotfallbetreuung. Es umfasst eine virtuelle Variante zur Entlastung von Eltern im Homeoffice und eine Variante mit Präsenz-Betreuung in besonderen Einrichtungen, von denen in Schleswig-Holstein drei existieren.

Das Land hat einen Vertrag mit dem pme-Famili-

enservice abgeschlossen, der den Beschäftigten eine entsprechende Nutzung ermöglicht. Das Angebot ist aus unserer Sicht sinnvoll, zunächst müssen aber Erfahrungen gesammelt werden. Auf der kritischen Seite ist bereits zu verbuchen, dass Beschäftigte der Schulen, Universitäten und Universitätskliniken ausgeschlossen sind. Ungeachtet dessen handelt es sich auch für die Kommunen um eine interessante Option.

Erfreulich ist, dass ein Konzept zur Qualifizierung für die Funktionsebene der Laufbahngruppe 2.2 (höherer Dienst) auf den Weg gebracht wird. Es entspricht den Vorstellungen von komba und dbb sh, den Beschäftigten des Landes und der Kommunen zeitgemäße Karrieremöglichkeiten zu eröffnen. Wir werden uns für eine zeitnahe und praxisgerechte Anpassung der Rechtsgrundlagen einsetzen.

Komba und dbb sh streben außerdem Attraktivitätszuwächse an, die für alle Beschäftigtengruppen greifen. Unter anderem bieten die anstehenden Einkommensrunden, in denen es auch um die Arbeitszeit geht, dafür eine wichtige Grundlage.

KT ■

Austausch mit neuem Vorsitzenden des Finanzausschusses:

Auf steigenden Personalbedarf muss zweigleisig reagiert werden

Christian Dirschauer ist der neue Vorsitzende des Finanzausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages, zudem hat er den Fraktionsvorsitz des SSW übernommen. Der auch im Namen der komba erfolgte Antrittsbesuch des dbb Landesbundvorsitzenden **Kai Tellkamp** diente nicht nur der Gratulation, sondern auch dem Aus-

tausch zu aktuellen Fragen des öffentlichen Dienstes. Da diese in weiten Teilen haushaltsrelevant sind, ist der Finanzausschuss regelmäßig damit konfrontiert.

Kai Tellkamp machte den dringenden Handlungsbedarf bei der Deckung des Personalbedarfs deutlich: Bereits jetzt sind viele Stellen unbesetzt und

die Situation wird sich in den nächsten Jahren infolge anstehender Ruhestandswellen erheblich verschärfen. „Nach unserer gewerkschaftlichen Überzeugung bleibt gar nichts anderes übrig als zweigleisig zu reagieren: erstens müssen die Einkommens- und Arbeitsbedingungen so attraktiv und konkurrenzfähig sein, dass Personal gewonnen und gebunden werden kann; zweitens muss dauerhaft und entschieden an Entlastungen bei Verwaltungsstrukturen und -abläufen gearbeitet werden.

Die Gesprächspartner waren sich einig, dass ein zuverlässiger öffentlicher Dienst ein wesentlicher Beitrag für die Akzeptanz des Staates und unserer Staatsform ist. Diese Überzeugung wird auch durch den aktuellen vom dbb vorgelegten „Monitor öffentlicher Dienst 2025“ gestützt, der neben Fakten zur Entwicklung des Personalbestandes und der Bezahlung auch besorgniserregende Umfrageergebnisse zum Bild des öffentlichen Dienstes in der Bevölkerung beinhaltet.

Gegenstand der Erörterung mit Christian Dirschauer waren auch vorgesehene Maßnahmen zur Verhinderung der Einstellung von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst, die Situation bei Überstundenzuschlägen, die für die Beschäftigten zunehmend belastende Ungewissheit bezüglich der verfassungskonformen Alimentation und die dbb-Positionen zum Versorgungsfonds sowie zum Beihilfe-Selbstbehalt.

Vereinbart wurde, dass nach Abschluss der anstehenden Einkommensrunde, an der der dbb auch

als Tarifvertragspartei beteiligt ist, erörtert wird, welche Entwicklungen daraus für den Beamtenbereich abgeleitet werden können.

Christian Dirschauer ist ehemaliger komba Landesvorsitzender und hat als Landtagsabgeordneter seine neuen Funktionen von **Lars Harms** übernommen, der sein Landtagsmandat zum Jahresende niedergelegt hatte. **KT** ■



dbb Landesvorsitzender Kai Tellkamp bei dem Vorsitzenden des Finanzausschusses Christian Dirschauer (SSW)

On-top-Leistungen für Beamt*innen und Tarifbeschäftigte:

Instrumente sorgfältig prüfen und sachgerecht nutzen

Das Beamten- und Tarifrecht bietet verschiedene Spielräume, um die Arbeits- und Einkommensbedingungen ergänzend zu den festen Ansprüchen mit zusätzlicher Attraktivität zu versehen. Eine sorgfältige Prüfung und bedarfsgerechte Nutzung der vorhandenen Instrumente ist eine geradezu zwangsläufige Reaktion, soweit und solange die Politik und die arbeitgeberseitigen Tarifvertragsparteien notwendige Anpassungen im öffentlichen Dienstrecht verweigern.

Auch wenn die Zulässigkeit übergesetzlicher und übertariflicher Leistungen im öffentlichen Dienst begrenzt ist, bestehen verschiedene Möglichkeiten. Sie reichen von finanziellen Anreizen zur Gewinnung und Bindung von Personal über leistungsorientierte Bezahlungselemente bis hin zur Förderung der Mobilität und der Gesundheit.

Auch die Möglichkeiten im Zusammenhang mit

der Arbeitszeitgestaltung können zu einer besseren und individuellen Attraktivität beitragen.

Allerdings stellen sich die Rahmenbedingungen für „Goodies“ unterschiedlich dar, sowohl hinsichtlich der Statusgruppen (Beamt*innen und Tarifbeschäftigte) als auch hinsichtlich der staatlichen Ebenen (Land und Kommunen). Der dbb schleswig-holstein hat deshalb eine entsprechende Übersicht zusammengestellt, die über die komba gewerkschaft schleswig-holstein bezogen werden kann. Denn nur wenn die jeweiligen Optionen bekannt sind, können sie auch genutzt werden.

Sinnvoll ist zum Beispiel, die nicht mehr zeitgemäße Arbeitszeit von 41 Wochenstunden bei den Beamt*innen zu modifizieren, indem Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsprävention auf die Arbeitszeit angerechnet werden.

Es gibt aber auch Instrumente, bei denen Fehlentwicklungen vermieden werden müssen. Wenn zum Beispiel finanzielle Anreize für die Personalgewinnung gesetzt werden, darf sich das etablierte Personal nicht benachteiligt fühlen.

Hier müssen gegebenenfalls ebenfalls Nachjustierungen erfolgen, um Gerechtigkeit und Motivation zu wahren.

Für die komba und den dbb sh steht allerdings fest: Um die Konkurrenzfähigkeit der Arbeits- und Einkommensbedingungen zu gewährleisten und bei der Nachwuchsgewinnung zu kommunizieren, sind abgesicherte Ansprüche immer die beste Möglichkeit. Deshalb arbeiten wir unermüdlich an einer entsprechenden Weiterentwicklung des Beamten- und Tarifrechts. **KT ■**

Kuriosität gemeindefreie Gebiete:

Geordnete Verhältnisse nur bei voller kommunaler Einbindung

Bevor die kommunale Sonderstellung des Forstgutsbezirks Sachsenwald bundesweit durch die (satirischen) Medien gingen, werden viele es gar nicht gewusst haben: es gibt tatsächlich gemeindefreie Gebiete in Schleswig-Holstein. Diese Kuriosität ist eigentlich kaum mit unserem Verständnis von Demokratie und Rechtsstaat zu vereinbaren. Die öffentlich und bereits im Landtag geführte Diskussion drehte sich insbesondere um das Thema Gewerbesteuer: Niedrige Steuersätze sollen 21 Firmen angelockt haben, die in einer Waldhütte ansässig sind. Wir werfen einen Blick auf die Hintergründe, die nicht nur eine steuerrechtliche, sondern auch eine kommunalverfassungsrechtliche Komponente haben.

Die Gemeindefreiheit des im Privatbesitz befindlichen Gebiets hat ihren Ursprung in einer Schenkung von **Kaiser Wilhelm I.** an den damaligen Reichskanzler **Otto von Bismarck** im Jahr 1871. Heutiger Besitzer ist dessen Urenkel. Die Verwaltung des Gebiets kann mangels Zugehörigkeit keiner Gemeinde obliegen. Diese Rolle, die auch hoheitliche Aufgaben umfasst, fällt dem Gutsvorsteher zu. Hierfür gibt es sogar eine Rechtsgrundlage aus dem Gemeindeverfassungsrecht, die aus dem Jahr 1927 (!) stammt. Danach wird der Gutsvorsteher vom Landrat bestellt, und zwar auf Vorschlag des Gutsbesitzers. Das gilt bis heute und ist zuletzt im Jahr 2021 geschehen.

Auch die Erhebung der Gewerbesteuer erfolgt durch den Gutsvorsteher, wozu ihn eine verhältnismäßig junge Landesverordnung aus dem Jahr 2007 berechtigt. Der für das gemeindefreie Gebiet maßgebende Hebesatz wurde im Jahr 1958 (!) durch den Landrat festgesetzt und blieb seitdem unverändert. Der Gutsvorsteher hat von seinem Recht, dem Landrat einen Vorschlag für eine Neufestsetzung zu unterbreiten, offenbar kein Gebrauch gemacht. Logisch, dass die Steuern vergleichsweise gering sind. Das nutzte zunächst der Gutsbesitzer selbst für seine Geschäfte. Gleichzeitig wurde es in den letzten Jahren weiteren Firmen ermöglicht, dort ihren Firmensitz beziehungsweise ihre Betriebsstätte anzusiedeln. So stieg

das Gewerbesteueraufkommen innerhalb der letzten fünf Jahre von gut 4.000 Euro auf deutlich über eine Million Euro. Diese Einnahmen werden allerdings nicht in einem Gemeindehaushalt, sondern auf dem Konto des Gutsbesitzers verbucht.

Für die komba zeigt sich abermals: die Kommunen und die kommunale Selbstverwaltung gewährleisten einen demokratisch legitimierten Umgang mit Steuereinnahmen zugunsten öffentlicher Zwecke. Deshalb sollten alle Gebiete zu einer Gemeinde gehören. Das dies in Schleswig-Holstein nicht der Fall ist, verwundert genauso wie der Umstand, dass sich für noch bestehende Ausnahmen keine Regelungen in der Schleswig-Holsteinischen Gemeindeordnung finden. Zu hinterfragen ist unserer Meinung auch, ob es zulässig bleiben sollte, dass sich in gemeindefreien Gebieten Gewerbebetriebe ansiedeln können.

Die Landesregierung hat erklärt, dass es zwar keine Veranlassung gebe, an der Verfassungsmäßigkeit der aktuellen Situation zu zweifeln. Dennoch solle eine Fortentwicklung des geltenden Rechts geprüft werden. Ein inzwischen erfolgter Landtagsbeschluss dürfte zusätzlichen Schwung in die Angelegenheit bringen. Danach wird dringender Handlungsbedarf gesehen, dem die Landesregierung durch die Vorlage von Vorschlägen Rechnung tragen soll. Dabei dürften mehrere kommunalverfassungsrechtliche Optionen in Frage kommen: die Bildung einer Gemeinde oder die Eingemeindung in eine bestehende Gemeinde, die wiederum einvernehmlich oder durch den Gesetzgeber erfolgen kann. Eine Lösung, die im Laufe des Jahres erarbeitet werden soll, kann nach Einschätzung des Innenministeriums zum 1. Januar 2026 wirksam werden.

Damit sollten auch die aufgetretenen Irritationen und bürokratischen Stolpersteine im Zusammenhang mit dem kommunalen Finanzausgleich der Vergangenheit angehören. Die Landesregierung musste „eine große Komplexität des Kommunal-, Steuer- und Verfahrensrechts aufgrund diverser betroffener Rechtsgebiete und Behörden“ einräu-



men.

Nicht nur das: Offenbar wurden dem Gutsbesitzer versehentlich 162.160 Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich überwiesen. Fälschlicherweise wurden Waldwege als Gemeindestraßen gewertet.

Es bietet sich an, mit der zu erwartenden Korrektur auch gleich die Gemeindefreiheit eines zweiten Schleswig-Holsteinischen Gebiets auf dem

Festland zu beenden. Neben dem Fortgutsbezirk Sachsenwald gehört nämlich der Fortgutsbezirk Buchholz (Kreis Segeberg) keiner Gemeinde an, der sich pikanterweise im Landesbesitz befindet.

Das ist bislang nicht in die öffentliche Diskussion geraten, weil dort keine Gewerbebetriebe angesiedelt sind und damit keine Gewerbesteuerentnahmen anfallen. **KT ■**

Überstundenzuschläge: Keine Benachteiligung für Teilzeitbeschäftigte

Die aktuelle Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zu Überstundenzuschlägen für Teilzeitbeschäftigte hatte die komba gewerkschaft schleswig-holstein sofort aufgegriffen, um betroffene Tarifbeschäftigte zu informieren.

Nachzahlungen für Tarifbeschäftigte möglich – auch für Beamt*innen?

Aus der Geltendmachung von Ansprüchen können Nachzahlungen für Tarifbeschäftigte resultieren. Antragsmuster haben wir bereitgestellt. Auf den Bundesseiten dieser Ausgabe ist das Thema nochmals erläutert.

Dort wird auch darauf hingewiesen, dass die bestehende Ausgangslage nicht ohne Weiteres auf Beamt*innen übertragbar ist. Teilzeitbeschäftigten dieser Statusgruppe kann deshalb nicht grundsätzlich empfohlen werden, ergänzende Ansprüche im Zusammenhang mit Mehrarbeit geltend zu machen. Dennoch sehen wir uns veranlasst, die Rechtslage genau zu bewerten und gegebenenfalls Korrektur einzufordern.

Die aktuelle Rechtslage in Schleswig-Holstein

Für Beamt*innen des Landes und der Kommunen gilt Landesrecht. Danach erhalten Teilzeitbeschäftigte bis zur Erreichung der regelmäßigen Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten je Stunde Mehrarbeit eine Stundenvergütung entsprechend der anteiligen Besoldung Vollzeitbeschäftigter. Überstundenzuschläge gibt es nicht. Die Verweige-

rung dieser Zuschläge im Tarifsektor war zwar das Merkmal für die Benachteiligung gegenüber Vollzeitbeschäftigten. Im Beamtenrecht gibt es diese Zuschläge allerdings auch nicht für Vollzeitbeschäftigte, diesbezüglich kann also gar kein Nachteil entstehen.

Die Mehrarbeitsvergütung für Vollzeitbeschäftigte Beamt*innen besteht ausschließlich aus drei festen Beträgen, die den Besoldungsgruppen zugeordnet sind. Aktuell handelt es sich um 18,36 Euro bis zur Besoldungsgruppe A 8, um 25,20 Euro bei den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 und um 34,75 Euro bei den Besoldungsgruppen A 13 bis A 16.

Diese Gruppenbildung führt dazu, dass die individuellen Stundensätze teilweise unterschritten, teilweise aber auch überschritten werden. Eine pauschale Benachteiligung besteht also nicht. Dennoch wird in einigen Fällen die Mehrarbeit Vollzeitbeschäftigter höher vergütet als die Mehrarbeit Teilzeitbeschäftigter. Andersherum gibt es – sogar mehrheitlich – Fälle, in denen die Mehrarbeit Teilzeitbeschäftigter höher vergütet wird als bei Vollzeitbeschäftigten.

Es handelt sich also um eine komplizierte Gemengelage. Wir setzen uns aktuell damit auseinander, ob ein Änderungsbedarf geltend gemacht werden soll. Diesen sehen wir aber aktuell vorrangig im Tarifsektor, wo gewerkschaftspolitische Maßnahmen bereits eingeleitet wurden. **KT ■**

Einblick ins komba-Seminarprogramm 2025

Das neue Seminarprogramm für das Jahr 2025 steht ab sofort zur Verfügung und bietet eine Vielzahl an spannenden und praxisnahen Weiterbildungsangeboten. Zu den zentralen Bereichen gehören Fachseminare, Personalvertretungsrecht, Persönlichkeitsbildung und Gesundheitsmanagement. Mit diesem breit gefächerten Angebot möchten wir unsere Mitglieder gezielt in ihrer fachlichen und persönlichen

Entwicklung unterstützen.

Spezielle Seminare für Nachwuchskräfte

Für Berufsanfänger gibt es beispielsweise spezielle Seminare wie „Was tarifbeschäftigte Nachwuchskräfte wissen sollten“ oder „Was verbeamtete Nachwuchskräfte wissen sollten“.

Flexibilität und Aktualität

Darüber hinaus bieten wir flexible Schulungsangebote für örtliche Ansprechpartner und Funktionsträger. Kurzmodule oder Tagesseminare, wie beispielsweise „Jahresaktuelle Neuigkeiten zum öffentlichen Dienstrecht“ werden kostenfrei angeboten, um stets auf dem neuesten Stand zu bleiben.

Bildungsurlaub und finanzielle Unterstützung

Für viele Veranstaltungen kann Bildungsurlaub beantragt werden. Zudem bietet wir Mitgliedern ein Stipendium in Höhe von bis zu 50 Euro pro Seminar, wenn dies nicht von der Dienststelle übernommen wird. Damit möchten wir die Teilnahme an Fort- und Weiterbildungen erleichtern und einen Anreiz für persönliche und berufliche Entwicklung schaffen.

Unterstützung der JAV- und Personalratsarbeit

Wir unterstützen insbesondere auch die Arbeit der Personal- und Betriebsräte durch Seminare und Konferenzen.

Ein Überblick:

- 10.03.2025: komba JAV-Aufbauseminar
- 08.04.2025: komba-Praxisseminar Gesprächsführung Personalrat
- 11.06.2025: komba Praxisworkshop für Personalvertretungen
- 12.06.2025: komba Grundlagen für Dienstvereinbarungen
- 25.09.2025: komba Konferenz für Personal- und Betriebsräte

Weitere Informationen sowie die Online-Variante des Seminarprogramms finden Interessierte auf der Webseite: www.komba-sh.de. Wer das gedruckte Programm per Post erhalten möchte, kann eine E-Mail an info@komba-sh.de senden. CS ■



Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Nordfriesland

Am 29.01.2025 hat der Kreisverband Nordfriesland seine Jahreshauptversammlung in der Gaststätte Herrngabe in Breklum durchgeführt. Der Vorstand begrüßte 26 Mitglieder. Einen besonderen Dank sprach **Michael Wieck** in seiner Begrüßungsrede dem Landesvorsitzenden **Daniel Schlichting**, der langjährigen Vorsitzenden **Kerstin Dreyer-Lody** sowie **Peter Mrozowski** vom dbb für ihre Teilnahme aus.

Im Rahmen der JHV wurden **Peter Hansen** für seine 25-jährige und **Marion Johannsen** für ihre 50-jährige Mitgliedschaft geehrt.

Daniel Schlichting berichtete in einem interessanten Vortrag über die Entwicklung der Tarifrunde und aus der allgemeinen Gewerkschaftsarbeit.

Nach einem ausgiebigen Abendessen und anschließender Aussprache und Vortrag der Kassenprüfer, wurden der Vorstand und der Kassenvorstand einstimmig entlastet.

Erneut in den Vorstand gewählt wurden **Doris Cramer** als Beamtensprecherin, **Christoph Preuß** als Ansprechpartner der Beschäftigten, so-

wie Michael Wieck als Schriftwart. Da Peter Hansen und **Anja Rucha** nicht mehr zur Verfügung standen, wurden **Sandra von Kopp** als Kassenswartin, **Sinje Berg** als Frauenbeauftragte und **Ute Kobert-Kiebjieß** als stellv. Vorsitzende in den Vorstand gewählt.

Als Kassenprüfer stellten sich **Thomas Pahl** und erneut **Susanne Holsteiner** zur Verfügung.

Der Vorstand bedankte sich bei den Mitgliedern für das entgegengebrachte Vertrauen und beendete gegen 21:45 Uhr die Jahreshauptversammlung. Danach wurde in netter Atmosphäre noch ein wenig über „dies und das geplaudert“ und der Blick bereits auf das für den 21.02.2025 geplante, traditionelle Grünkohlessen mit Lotto-Verspielen gerichtet. Letztes Jahr nahmen 102 Teilnehmer*innen das Angebot des KV NF wahr. Der Vorstand geht auch in diesem Jahr von einer ähnlich hohen Zahl aus. MW ■



Von Links: Daniel Schlichting, Ute Kobert-Kiebjieß, Michael Wieck, Sinje Berg, Doris Cramer Christoph Preuß und Sandra von Kopp

Jahreshauptversammlung des Regionalverbandes Herzogtum Lauenburg/Stormarn

Am 5. Dezember 2024 fand die diesjährige Jahreshauptversammlung des Regionalverbandes Herzogtum Lauenburg/Stormarn der komba Gewerkschaft in festlichem Rahmen in Ahrensburg statt.

Nach einem gemeinsamen Weihnachtsbuffet, das die 25 anwesenden Mitglieder in gemütlicher Atmosphäre genießen konnten, eröffnete der Vorsitzende **Tim Neben** den formellen Teil der Versammlung.

Auf der Tagesordnung standen neben der Entlastung des Vorstandes für das Jahr 2024 auch die turnusgemäßen Neuwahlen des Vorstandes an. Zuvor nutzte Tim Neben die Gelegenheit, sich bei den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern für ihr langjähriges Engagement zu bedanken. **Daniela Schönecker** war bereits im Januar 2024 aus zeitlichen Gründen ausgeschieden, nachdem sie über sechs Jahre dem Vorstand angehört hatte. Auch **Bernd Jensen**, der über zehn Jahre im Vorstand aktiv war, und **Marion Hansen**, die zwei Jahre lang dem Gremium angehörte, stellten sich nicht zur Wiederwahl.

Die anschließenden Wahlen verliefen reibungslos und brachten folgendes Ergebnis:

- Vorsitzender: Tim Neben
- 1. stellvertretender Vorsitzender: Matthias Pump
- Schatzmeisterin: Christine Jensen-Müller
- Beisitzer*innen: Silke Buchholz, Dirk Pehnack und Detlef Müller

Im Anschluss an die Wahlen nutzten die Anwesenden die Gelegenheit, sich über aktuelle Themen auszutauschen. Dabei standen insbesondere die laufende Tarifrunde sowie aktuelle Entwicklungen in der Beamtenpolitik im Mittelpunkt der

Diskussion. Im Tarifbereich wurde die aktuelle TVöD-Verhandlungsrunde intensiv diskutiert, wobei die Forderungen der Gewerkschaften zur Arbeitszeit und die Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung der Mitglieder an Aktionen hervorgehoben wurden. Im Beamtenbereich drehte sich die Diskussion hauptsächlich um das ausstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Thema Weihnachtsgeld und Familienergänzungszuschläge.

Der neu gewählte Vorstand hat sich viel vorgenommen und möchte die Jahreshauptversammlung zukünftig früher im Jahr durchführen. Zudem sollen zusätzliche Aktionen für die Mitglieder geplant werden, um die Zusammenarbeit und den Austausch innerhalb des Regionalverbandes weiter zu stärken. TN ■



Von Links: Tim Neben, Dirk Pehnack, Christine Jensen-Müller, Matthias Pump und Silke Buchholz

Senior*innen

Fragen, Wünsche, Anregungen?

Unseren Beauftragten für die Senior*innen erreichen Sie wie folgt:

Bernd Günther Schmidt

E-Mail: senioren@komba-sh.de

Sind Sie per Fax oder E-Mail zu erreichen und möchten Sie aktueller über Ereignisse und Angebote für Senior*innen informiert werden? Dann teilen Sie Ihre Adresse unserem Beauftragten für Senior*innen mit!

Wir gratulieren!

Alles Gute wünschen wir unseren Kolleg*innen, die im Januar und Februar Ihren Geburtstag hatten oder haben.

Wir gratulieren zum

70. Geburtstag

20.1. Reinhardt Jaacks, Garbek

90. Geburtstag

28.2. Klaus Lüdemann, Lübeck



Jugend

Erfolgreiche JAV-Konferenz in Kiel

Am 03. Februar 2025 lud die komba jugend schleswig-holstein die Jugend- und Auszubildendenvertreter*innen (JAV) aus dem gesamten Bundesland zur diesjährigen JAV-Konferenz nach Kiel ein. Insgesamt nahmen 45 Vertreter*innen aus verschiedenen Bereichen der Kommunal- und Landesverwaltung sowie aus dem Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr, Stadtverwaltungen, Amtsverwaltungen, Amtsgerichten und dem Studentenwerk teil.

Zum Auftakt der Konferenz stand das gegenseitige Kennenlernen im Mittelpunkt. Mit den Spielen „Kissenjagd“ und „Stierkampf“ wurde eine lockere Atmosphäre geschaffen, in der sich die Teilnehmenden besser vernetzen und erste Kontakte knüpfen konnten. Im inhaltlichen Teil der Veranstaltung ging es um zentrale Themen des Ausbildungsrechts. Die Teilnehmenden setzten sich intensiv mit den folgenden Aspekten auseinander: Begriffe des Ausbildungsrechts, Rechte und Pflichten jugendlicher Beschäftigter, Zuständigkeiten und Rechte der JAV während der Ausbildung und Aufgaben der JAV. Des Weiteren wurde auch über die Organisation von Sitzungen, der jährlichen Jugendversammlung, eigene Ansprüche der JAV wie Fortbildungen und Regelungen zur Übernahme gesprochen.

Besonderes Augenmerk lag auf praxisnahen Fragen und Herausforderungen, mit denen sich die JAV-Mitglieder in ihrem Arbeitsalltag konfrontiert sehen. Anhand konkreter Fallbeispiele wurden Lösungen diskutiert und Anliegen der Teilnehmenden geklärt. Zum Abschluss der Konferenz wurde der aktuelle Stand der Tarifverhandlungen im öffentli-

chen Dienst thematisiert. Dabei hatten die Teilnehmenden Gelegenheit, Fragen zu stellen und sich über die Bedeutung der Verhandlungen für die Auszubildenden und jungen Beschäftigten auszutauschen.

Die JAV-Konferenz 2025 bot eine wertvolle Gelegenheit, Wissen zu vertiefen, Erfahrungen zu teilen und sich landesweit zu vernetzen. Die komba jugend schleswig-holstein freut sich über das große Interesse sowie den engagierten Austausch – und blickt bereits gespannt auf die nächste Veranstaltung. JS ■



Rund 45 Vertreter*innen aus verschiedenen Bereichen nahmen an der JAV-Konferenz in Kiel teil



**Egal, wie Sie ihn tragen,
Hauptsache, Sie haben ihn:**

Den Organspendeausweis!
Informieren, entscheiden, ausfüllen.
www.organspende-info.de

Bundesministerium für Gesundheit | BZgA | DIGITALEFON 112 | ORGAN SPENDE

Jugend beim Betriebsverband RKiSH

Am 19. Dezember 2024 folgte der Landesjugendvorsitzende **Fawad Hosseini** der Einladung des Betriebsverbands RKiSH, um die neuen Auszubildenden in der Akademie der RKiSH in Heide persönlich zu begrüßen. Gemeinsam mit den Betriebsverbandsmitgliedern **Volker Ketels** und **Patrick Monath** hieß er die jungen Kolleg*innen willkommen und stellte die gewerkschaftliche Arbeit der komba gewerkschaft sh vor.

Die Akademie der RKiSH ist ein zentrales Ausbildungszentrum für angehende Notfallsanitäter*innen und Rettungssanitäter*innen. Hier werden die Fachkräfte von morgen auf ihre verantwortungsvollen Aufgaben im Rettungsdienst vorbereitet. Besonderes Interesse zeigten die Auszubildenden am komba-Infostand, der während der Veranstaltung gut besucht war. Es ergaben sich zahlreiche intensive Gespräche zu gewerkschaftlichen Themen, insbesondere zur anstehenden Tarifrunde 2025. Die Auszubildenden äußerten großes Interesse an den Tarifforderungen und diskutierten engagiert über die Bedeutung fairer Arbeitsbedingungen und gerechter Bezahlung im Rettungsdienst. Zum Abschluss der gelungenen Veranstaltung ließen die Teilnehmenden den Tag in geselliger Runde bei einem gemeinsamen Döner-Essen ausklingen.

Aufgrund des positiven Feedbacks und der erfolgreichen Resonanz wird diese Aktion auch im Jahr 2025 wieder stattfinden. Die komba gewerkschaft

sh setzt sich weiterhin aktiv für die Interessen der Beschäftigten im Rettungsdienst ein und freut sich darauf, auch in Zukunft mit den Auszubildenden in den Austausch zu treten. FH ■



Von links: Fawad Hosseini, Volker Ketels und Patrick Monath